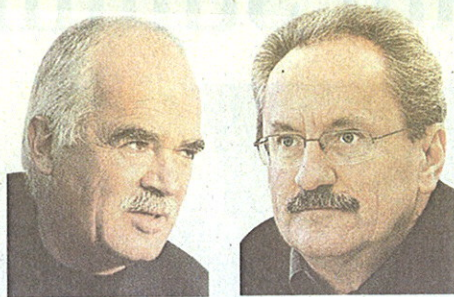


DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen

Peter Gauweiler und Christian Ude

Karl Lagerfeld malt Angela Merkel

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian, beim letzten Mal warst Du ziemlich hart mit Angela, und ich war es auch (wegen Griechenland, Milliardenbürgschaft etc.). Aber Achtung – es gibt auch andere Sichtweisen: Vor wenigen Tagen hat für die Pariser Tageszeitung „Libération“ Karl Lagerfeld Angela Merkel mit einer hingehauchten Zeichnung gewürdigt, ganz wunderbar, und ihr auf Französisch und handgeschrieben den Wunsch in den Mund gelegt: „... ich könnte mir mich gut im Präsidentenamts Deutschlands vorstellen“. Eine Tuschezeichnung in Pastell mit der Frage nach der Besten („qui est le meilleur candidat?“) – ich fand dies sehr ansprechend. Trotz meiner (unserer) vorherigen Missmutigkeit. Lass uns das Ganze im Blick behalten. Was uns als erfahrenen Verhaltensforschern ohnehin vertraut ist. Zur ganzen Wahrheit bei der Frage nach den aktuellen Erfolgen und Misserfolgen der Bundeskanzlerin – in der Libération wird das ziemlich unverblümt angedeutet – gehört ja auch, dass Angela Merkel sich gerade zweimal gegen Nicolas Sarkozy durchgesetzt hat – bei der europäischen Wirtschaftsre-

gierung wie beim harten Sparkurs. Und nach den hochaktuellen Steuerschätzungszahlen zu Beginn dieser Woche, werden in diesem und dem nächsten Jahr in Deutschland voraussichtlich fünf bis sieben Milliarden Euro an Steuern mehr eingenommen, als erwartet worden war. Der Rückgang bei der Kurzarbeit entlastet die Staatskasse um eine weitere Milliarde, womit keiner gerechnet hat. Und wir haben offensichtlich mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Wer hat das noch unter den Industrie-Staaten?

Ich halte es für ein bisschen beschränkt, wenn manche Leute jetzt wieder so heftig nach Rot-Grün rufen. Am zufriedensten sind die Deutschen ausweislich der letzten Beliebtheitsliste (nicht im Bayernkurier, sondern im Spiegel) nach wie vor mit den drei Unionspolitikern Guttenberg, von der Leyen und Schäuble. Auch das spricht nicht zwingend für eine Neuaufgabe des Modells Schröder/Fischer. An die Griechen wäre doch noch schneller bezahlt worden, wäre Rot-Grün an der Macht. Und der IWF wäre überhaupt nicht in die Rettungsaktion für den restlichen

Club Méditerranée in der EU eingebunden worden, mit all seinen Auflagen. Und Deutschland hätte noch mehr zahlen müssen. In der Kunst, andere zu umarmen, darf Euch bekanntlich niemand etwas vormachen. Sorry, aber die Diskussion über eine solche Alternative ist Zeitverschwendung. So kommen wir auch nicht weiter. Angela Merkel beherrscht die Tugend des Aushaltens, und sie entwickelt dabei gerade unter Druck – Lagerfeld hat das sehr schön abgebildet – etwas Positiv-präsidentielles. Ich finde das gut, auch wenn mir ansonsten eher nach Kritik ist. Ein Blick nicht nur im französischen, sondern europäischen Vergleich plus auf die merkwürdige Mahnung der Präsidenten Sarkozy und Obama, dass die Deutschen

doch bitteschön nicht mehr im Export so wirtschaftlich erfolgreich sein sollen, zeigt, dass wir gerade auch im internationalen Vergleich trotz allem ziemlich gut dastehen. Immer noch oder schon wieder.

Natürlich bleibt die Lage ernst und in Bezug auf unser großes Thema – die Stabilität der Währung – müssen wir nach dem 30. Juni, wenn der Bundespräsident gewählt sein wird, nicht nur zwischen den großen politischen Kräften ein ernstes Wort sprechen. Sondern auch intern. Jede Partei mit sich selbst. Man kann ja nicht sagen, dass mit der aktuellen Missachtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für den Euro speziell nur eine Partei in Deutschland widerlegt worden wäre. Feste und hartnäckige Propaganda von Union, SPD, FDP, Grünen sowie des Großteils der Verbände war zur Gänze, dass in Bezug auf unser Geld die schriftlich fixierte Geschäftsgrundlage des Euro – Maastricht-Kriterien, EU-interner Haftungsausschluss, Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und das Verbot der Staatsfinanzierung – geeignet wäre, die Stabilität einer gemeinsamen Währung auch

ohne gemeinsames staatliches Dach zu sichern.

Jetzt ist diese Geschäftsgrundlage faktisch obsolet, und mit der Milliardenhilfe für Griechenland und wenige Tage später mit dem großen Risikoschild wurde ein Weg beschritten, der unweigerlich in die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder der Währungsunion für alle staatlichen Verbindlichkeiten führt. Das ist die Lage für alle Parteien. Und dass für das „Funktionieren“ der Währungsunion keine „Stabilitätskriterien“ mehr helfen sollen, sondern, wenn in den Defizit-Ländern etwas schief geht, dass Deutschland als Zahlmeister am Horizont sichtbar ist.

Die politische Klasse muss insgesamt ihre Schallplatte abstellen, der Euro sichere den Frieden: Eine falsch konzipierte Währungsunion wird das langfristige Ziel eines hoffentlich immerwährenden europäischen Friedens eher behindern als befördern.

Das betrifft die ganze politische Formation der Bundesrepublik. Und der Versuch endloser Neuaufgaben der Konfrontation Schwarz-Gelb contra Rot-Grün lenkt vom Thema ab und hindert am Nachdenken.

Cordialement Peter